

NACHRICHTEN

Selenskyj darf endlich regieren

Ukrainische Präsidentenpartei will Abgeordnetenimmunität abschaffen

Tansania will 200 000 burundische Flüchtlinge abschieben

Frankfurt am Main. Tansania plant die Abschiebung von rund 200 000 aus Burundi geflüchteten Menschen. Die Flüchtlinge hätten bis zum 1. Oktober Zeit, das Land zu verlassen, andernfalls würden sie dazu gezwungen, sagte der tansanische Innenminister Kangi Lugola dem britischen Sender BBC laut einem Bericht vom Mittwoch. In Burundi ist es im Zuge der umstrittenen Wiederwahl von Präsident Pierre Nkurunziza 2015 wiederholt zu Gewalt und Kämpfen gekommen. Hunderttausende Menschen wurden vertrieben oder sind in die Nachbarländer geflohen. *epd/nd*

EU-Kommission: Goulard von Frankreich nominiert

Paris. Frankreich will die frühere Verteidigungsministerin Sylvie Goulard nach Brüssel schicken. Die 54-Jährige soll in die mächtige EU-Kommission einrücken, Präsident Emmanuel Macron schlug Goulard für den Posten vor, wie der Elysée-Palast in Paris am Mittwoch mitteilte. Die Ex-Ministerin habe »anerkanntermaßen europäische Erfahrung« und könne »eine wichtige Rolle in der Kommission spielen«, hieß es. Erstmals seit langem hat Frankreich wieder eine Frau für den Kommissarsposten in Brüssel nominiert. Goulard kennt die künftige Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen noch aus ihrer Zeit als Verteidigungsministerin. *AFP/nd*

WETTER



Mit Westwinden dringt weniger heiße Luft vom Atlantik in Richtung nordwestliches Mitteleuropa vor und sorgt für Abkühlung. Dies geht mit teils kräftigen Regengüssen und Gewittern einher.

In Deutschland wird die Sonne ab und zu von Wolken verdeckt, die lokale Schauer und Gewitter abladen. Dabei betragen die Werte früh 18 bis 16 Grad, am Tag werden 24 bis 32 Grad erzielt. Der Wind weht nur schwach aus West.

Heute trüben in Berlin-Brandenburg zeitweise Wolken den Himmel, und die Temperaturen liegen am Morgen bei 20 Grad. Am Tage bewegen sich die Werte um 30 Grad. Der Wind weht schwach aus westlichen Richtungen. In der Nacht entwickeln sich Wolken, die Regenschauer bringen. Die Tiefstwerte betragen 18 Grad. Am Freitag steigen die Höchsttemperaturen bis auf 30 Grad. Dazu gibt es viel Sonne und nur gelegentlich lockere Wolken. Der Wind weht schwach aus Ost. *Qmet*

Grafik: TheNounProject/Milinda Courney

Am Donnerstag beginnt in der Ukraine mit der ersten Parlamentsitzung der Werchowna Rada die politische Saison. Damit läuft die Schonzeit für Präsident Wolodymyr Selenskyj ab.

Von Denis Trubetskoy, Kiew

Am Dienstag hat Wolodymyr Selenskyj seine ersten 100 Tage als ukrainischer Präsident absolviert. Doch eigentlich geht es für den 41-jährigen Ex-Komiker erst am Donnerstag richtig los, wenn sich das im Juli gewählte Parlament zum ersten Mal trifft. In der neuen Werchowna Rada hat Selenskyjs Partei »Diener des Volkes« mit 254 Abgeordneten die absolute Mehrheit. Und während der ukrainische Präsident in den vergangenen Monaten viele Vorhaben nicht durchsetzen konnte, weil das alte Parlament seine Initiativen grundsätzlich blockierte, hat er nun freie Fahrt.

Medienberichten zufolge sind zwar zum Beginn der politischen Saison keine der üblichen Showelemente Selenskyjs zu erwarten, dafür aber wird in Kiew spekuliert, dass die Präsidentenfraktion gerne bereits am ersten Tag über 60 bis 70 Gesetzentwürfe abstimmen würde. »Wir wollen von Anfang an große Effizienz zeigen«, sagt Ruslan Stefantschuk, der für das Amt des stellvertretenden Parlamentsvorsitzenden vorgesehen ist. »Diener des Volkes« will über die Aufhebung der strafrechtlichen Immunität der Abgeordneten, ein Dauerthema in der ukrainischen Politik, und über die Reduzierung der Abgeordnetenzahl von 450 auf 300 Personen abstimmen. Denkbar ist auch die Verkündung der vorgezogenen Bürgermeisterwahl in Kiew, denn der Streit zwischen Selenskyj und Amtsinhaber Vitali Klitschko geht weiter.

Mit 254 Abgeordneten – bei der ab 226 Stimmen beginnenden Mehrheit – kann »Diener des Volkes« fast alles durchsetzen, was die Präsidentenfraktion will. Aber eben nicht alles. Für die Abschaffung der Abgeordnetenimmunität wird eine Verfassungsmehrheit von 300 Stimmen gefordert. Deswegen ist es unklar, ob die Partei von Selenskyj ihr Vorhaben auch im neuen Parlament umsetzen



Freie Bahn für Wolodymyr Selenskyj? Noch nie hatte ein ukrainischer Präsident so viel Macht.

Foto: AFP/Genya Savilov

kann. Die ukrainischen Medien spekulieren allerdings darüber, dass Ihor Kolomojtschuk, der mächtige Oligarch, dem Verbindungen zu Selenskyj nachgesagt werden, aus über 30 in Direktwahlkreisen gewählten unabhängigen Abgeordneten eine eigene Fraktion bildet, die den »Diener des Volkes« unterstützen könnte. Auch die nationalliberale Partei »Stimme« des Rocksängers Swjatoslaw Wakartschuk könnte die Initiative mittragen.

Die gesamte Regierung wird am 29. August offenbar noch nicht stehen, das Amt des Ministerpräsidenten scheint aber bereits vergeben. Übereinstimmenden Medienberichten zufolge soll der 35-jährige stellvertretende Chef des Präsidentenbüros, Olexij Gontscharuk, das neue Kabinett übernehmen. Gontscharuk hat sich im Kampf mit anderen wirtschaftsorientierten Technokraten durchgesetzt und in den vergange-

nen Wochen Selenskyj stets bei seinen Reisen in die ukrainischen Regionen begleitet. Bemerkenswert ist, dass Gontscharuk im Wahlkampf noch auf der Seite von Selenskyjs Vorgänger Petro Poroschenko stand. Damit ist er aber in der neuen Regierung vermutlich nicht alleine.

Gontscharuk hat im Gegensatz zu einigen anderen Kandidaten weder nennenswertes politisches Gewicht noch verfügt er über große Bekanntheit in Wirtschaftskreisen. Deswegen ist davon auszugehen, dass seine Rolle sich in erster Linie auf die punktgenaue Durchsetzung der politischen Strategie von Selenskyj beschränken wird. Auch im ukrainischen Parlament nutzt der »Diener des Volkes« die eigene Mehrheit, um Schlüsselpositionen zu besetzen. Die Posten des Parlamentsvorsitzenden und seines ersten Stellvertreters werden an die Regierungsfraktion vergeben, die

oppositionellen Fraktionen bekommen voraussichtlich nur den Vorsitz in vier Parlamentsausschüssen.

Spannend wird sein, wie lange die Präsidentenfraktion zusammenhält. Angeführt wird sie von Dawid Arachamija, der gemeinsam mit dem ukrainischen Verteidigungsministerium die Anwerbung von freiwilligen Rekruten und Nachschub für die Armee organisierte. Mit Personen wie Bogdan Jarenenko, der designierte Vorsitzende des parlamentarischen Außenausschusses, ist die Fraktion mit vielen Personen mit klarer proukrainischer Haltung besetzt. Gleichzeitig gibt es Abgeordnete wie Maxym Buschanskij oder Olexander Dubynskij, die sich für direkte Verhandlungen mit den Donbass-Separatisten aussprechen. Wie lange diese unterschiedlichen Standpunkte zusammengehalten werden können, wird sich zeigen.

Links der Sozialdemokratie bleibt nur die Straße

Bei den österreichischen Nationalratswahlen haben linke Bündnisse keine Chance

Bei den Parlamentswahlen Ende September treten in Österreich gleich zwei linke Bündnisse an. Eine Kooperation schließen sie aus.

Von Johannes Greß, Wien

Und links: gähnende Leere. Dieses Bild hat sich im österreichischen Parlament über Jahrzehnte hinweg ge-

festigt. Seit die KPÖ 1959 aus dem Nationalrat ausschied, konnte sich links von Sozialdemokratie und Grünen in der Alpenrepublik keine parlamentarische Kraft mehr etablieren. Bei den Wahlen zum Nationalrat am 29. September stehen nun gleich zwei linke Listen zur Wahl. Neben der KPÖ, die zwar seit 1959 jedes Mal kandidierte, aber nie den Einzug schaffte, wird Ende September nun auch der »Wandel« auf dem Wahlzettel stehen.

Der »Wandel« besteht hauptsächlich aus jungen Aktivistinnen und Aktivisten und lukriert sich ausschließlich aus Spenden von Privatpersonen. So verspricht man sich Unabhängigkeit und Transparenz, kämpft jedoch mit einem überaus dürrigen Budget. Spitzenkandidat Fayad Mulla baut auf ein Team von Freiwilligen, ihr Wahlkampf soll sich hauptsächlich in den sozialen Medien abspielen.

Einer ihrer Kernforderungen: »Niemand braucht mehr als zehn Wohnimmobilien zu besitzen«. Alles darüber hinaus soll in den Besitz der Gesellschaft und der Bewohnerinnen und Bewohner »übergehen«, erläutert Mulla. Außerdem fordern sie einen Nettomindestlohn von 2000 Euro, das monatliche Maximaleinkommen solle das Fünffache nicht übersteigen, die Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich sukzessive auf 21 Stunden gesenkt werden. Um mehr demokratische Teilhabe und Kontrolle zu ermöglichen, will man den Bundesrat durch einen Bürgerrat ersetzen. 100 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger sollen dann die Geschicke der zweiten parlamentarischen Kammer leiten.

Um eine ähnliche Wählerschaft buhlt auch dieses Mal wieder die KPÖ. Im Verbund mit der Alternativen Liste Innsbruck (ALI) formte man die Plattform »Wir können«. Nach einem Ergebnis von unter einem Prozent bei der Nationalratswahl 2017 soll mit dem Sprachwissenschaftler Ivo Hajnal von der Alternativen Liste Innsbruck an der Spitze dieses Mal deutlich mehr drin sein.

»In einem komplett unpolitischen, emotional geführten Wahlkampf« will das Wahlbündnis mit ei-

Die KPÖ fordert eine Rekommunalisierung großer Wohnungsbau-gesellschaften, einen Nettomindestlohn von 1750 Euro und eine Reduktion der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden.

ner »rationalen Herangehensweise« punkten, betont Hajnal. Und das mit Themen, die dem Wandel nicht unähnlich sind. So fordert die KPÖ eine Rekommunalisierung großer Wohnungsbau-gesellschaften, einen Nettomindestlohn von 1750 Euro und eine Reduktion der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden. Zudem tritt man für eine radikale und konsequente Umwelt- und Klimapolitik ein.

Gemeinsam kandidieren will man dennoch nicht, wegen »sowohl inhaltlich als auch organisatorisch gro-

ßer Unterschiede«, wie Wandel-Spitzenkandidat Mulla klarstellt.

Es gibt zwei Thesen, warum in Österreich lange Zeit links der SPÖ wenig Raum für linke Kräfte war. Die eine lautet: Bis in die 1970er Jahre hinein leisteten die Sozialdemokraten anständige Arbeit. Dass sich links nun ein Vakuum auftut, das gleich von zwei Parteien gefüllt wird, ist ein starkes Indiz dafür, dass dem nicht mehr so ist.

Die zweite These lautet: Die gesellschaftliche Linke schafft den Schritt zu einer parlamentarisch konstituierten Linken einfach nicht. So war im Vorfeld des Wahlkampfes über einige Wochen hinweg auch eine Kooperation zwischen KPÖ und der Jungen Linken im Gespräch, eine junge, aber mit rund 400 Aktiven für österreichische Verhältnisse beachtliche Organisation.

Deren Bundessprecher Tobias Schweiger sieht mit der »Krise der Sozialdemokratie und dem autoritären Projekt von Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz im Dienste des großen Kapitals« durchaus Chancen für die österreichische Linke. Gegen eine Zusammenarbeit mit der KPÖ hatte man sich dennoch entschlossen, auch hier offenbar wegen inhaltlicher und organisatorischer Differenzen.

Doch an die Mär von der schweigenden linken Mehrheit im Land, die nur unfähig sei, gemeinsame Sache zu machen, will Schweiger nicht glauben. In Österreich fehlen für eine linke Kraft »natürlich gesellschaftliche Mehrheiten«, betont er. Aber »die Menschen warten ja nicht auf Linke, die durch die Tür treten wie der Messias«.

Streit zwischen Tokio und Seoul eskaliert

Japan streicht Südkoreas Handelsprivilegien

Tokio. Japan macht im Handelsstreit mit Südkorea ernst. Am Mittwoch trat ein kürzlich gefasster Beschluss der rechtskonservativen Regierung in Tokio in Kraft, das Nachbarland von der sogenannten »weißen Liste« bevorzugter Handelspartner zu streichen. Zuvor hatte Japan strikere Exportkontrollen für Materialien zur Chip-Produktion verhängt. Südkorea äußerte über Japans Vorgehen »starkes Bedauern«. Der stellvertretende nationale Sicherheitsberater Kim Hyun Chong warf Japans Premierminister Shinzo Abe vor, Südkorea »wie einen Feind zu behandeln«.

Südkorea hatte mit Vergeltung gedroht, indem es Japan seinerseits von der eigenen »weißen Liste« streicht. Zuletzt beendete Seoul ein Geheimdienstabkommen mit Tokio. Trotz der Verschärfung des Streits sucht die südkoreanische Regierung den Dialog.

Zwischen den beiden wichtigen Verbündeten der USA herrscht tiefes Misstrauen, das Jahrzehnte zurückreicht und seinen Ursprung in Japans Kolonialherrschaft in Korea hat (1910 bis 1945). Aus südkoreanischer Sicht hat Japan seine damals begangenen Verbrechen wie Zwangsarbeit oder den Missbrauch Zigtausender Koreanerinnen während des Zweiten Weltkriegs als Zwangsprostituierte bis heute nicht umfänglich eingestanden. Der Oberste Gerichtshof in Südkorea fachte den Streit im vergangenen Jahr an, indem es japanische Konzerne anwies, Schadenersatz an ehemalige Zwangsarbeiter zu zahlen. Tokio sieht das Thema Entschädigung durch einen Vertrag von 1965 als erledigt an.

Japan hatte die verschärften Exportkontrollen denn auch damit begründet, dass das gegenseitige Vertrauen untergraben sei und es Sicherheitsbedenken in Bezug auf einige Exporte nach Südkorea gegeben habe, ohne dies jedoch zu erläutern. Südkorea spricht dagegen von Vergeltung. *dpa/nd*

Luftangriffe in Idlib

Türkische Truppen geraten zwischen die Fronten

Beirut. In der umkämpften syrischen Rebellensiedlung Idlib hat es erneut Luftangriffe nahe einem türkischen Beobachtungsposten gegeben. Die Kampfflugzeuge hätten das Feuer nahe einem Beobachtungsposten in der Ortschaft Scheir Maghar eröffnet, meldete die der Opposition nahestehende Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte am Mittwoch. Ob es russische oder syrische Flugzeuge waren, konnte die oppositionelle Organisation mit Sitz in Großbritannien nicht sagen.

Die staatliche türkische Nachrichtenagentur Anadolu demontierte Berichte, wonach der Armeeposten selbst getroffen worden sei.

Die Türkei unterhält seit vergangem Jahr zwölf Beobachtungsposten in und um Idlib, um eine Waffenruhe in der Region zu überwachen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hatte die Feuerpause im September vergangenen Jahres mit seinem russischen Kollegen Wladimir Putin ausgehandelt. Doch wurde die Vereinbarung nie komplett umgesetzt. Zuletzt startete die syrische Armee mit Unterstützung der russischen Luftwaffe eine neue Offensive.

Der Vorstoß in Idlib hat zu Spannungen zwischen der Türkei und Russland geführt. Bei einem Treffen in Moskau vereinbarten Putin und Erdogan am Dienstag zusätzliche Schritte, um die Situation in Idlib zu »normalisieren«. *AFP/nd*

ANZEIGE

APULIEN

INFD/BUCHUNG
438/29 78-1820

Leistungen inklusive:

- Hausabholung Berlin/Potsdam
- Flugreise mit Lufthansa
- 2 x D/HP 4* im Raum Gargano
- 4 x D/HP 4* im Raum Alberobello/Ostuni
- Rundfahrt Gargano
- Eintritt Castel del Monte und Castellana Grotte
- Ausflug Alberobello & Ostuni
- Ausflug Lecce und Otranto
- ausführliche Stadtführung Matera
- landestypischer Imbiss in einem Lokal
- Reiseleiter ab Berlin

Highlights

- Kulturhauptstadt 2019 Matera
- Eintritt ins Castel del Monte
- landestypischer Imbiss

Reisetermin:
20.10.-26.10.19

Preise pro Person:

Doppelzimmer	1.129,- €
Einzelzimmer	1.269,- €

Aunthentliche Informationen: nd-LeserInnen, Frank Olsberg, F-Wahlring-Platz 1, 10245 Berlin
Fax: 030/2978-1890; kontakt@nd-online.de; www.nd-leserInnen.de

Veranstalter: BVB-Touristik/Reisefreizeiten KG, neues deutschland nd
Grenzallee 15, 12057 Berlin